

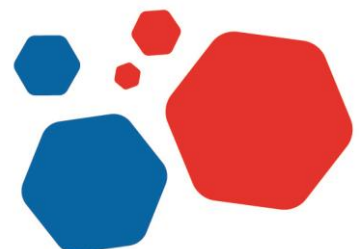
Stellungnahme des Deutschen Kinderhilfswerkes zum Entwurf des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze (Digitale-Dienste-Gesetzes)

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr hat am 4. August 2023 einen Referentenentwurf für das sog. Digitale-Dienste-Gesetz zur Diskussion gestellt. Mit dieser Stellungnahme übermittelt das Deutsche Kinderhilfswerk dazu Hinweise und Anregungen aus kinderrechtlicher Perspektive.

Grundsätzliche Bewertung

Das Deutsche Kinderhilfswerk begrüßt die Vereinheitlichung der Standards für digitale Dienste innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Gemeinsame Standards sorgen für Rechtssicherheit, insbesondere bei grenzüberschreitenden Angeboten und tragen zu einem Umfeld für das sichere Aufwachsen mit Medien bei. Kinder sollen sich sicher in digitalen und Onlineumfeldern bewegen können. Unser Staat, Medienanbieter, aber auch Eltern und Fachkräfte tragen dafür gemeinsam die Verantwortung. Mit dem Digital Service Act wird die Plattform-Regulierung harmonisiert, was nachhaltig die Lebenswelt von Kindern beeinflussen wird. Dafür sind klare Kontroll- und Reporting-Mechanismen wichtig, sowie eine unabhängige Koordination, um die Durchsetzung der gemeinsamen Regeln sicherzustellen. Insbesondere im Zusammenspiel der verschiedenen Akteur*innen aus Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, als auch zwischen den Institutionen sollte sichergestellt werden, dass die Kinderrechte in der Umsetzung berücksichtigt werden.

Als Kinderrechtsorganisation setzen wir uns dafür ein, die Konvention über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (UN-KRK) vollumfänglich auch in digitalen Umgebungen zu verwirklichen. In diesem Kontext stellt die Allgemeine Bemerkung Nr. 25 (2021) des Kinderrechtsausschusses der Vereinten Nationen zu den Rechten der Kinder im digitalen Umfeld ein richtungsweisendes Dokument dar. Alle Kinder, die sich in Deutschland aufhalten, müssen Schutz, Förderung und Beteiligung erfahren. Diese Rechte müssen im Sinne der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention sorgfältig miteinander abgewogen und ihrer

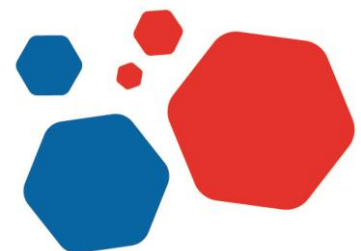


Wechselwirkung umgesetzt werden. Der Anerkennung der Kinderrechte wird über die besondere Rolle der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz, bei der Umsetzung der Jugendschutzaspekte der Digital Services Act-Artikel 14 Absatz 3 und 28 Absatz 1, Rechnung getragen. Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz bringt die nötige Organisationsstruktur in den Prozess ein, um die Kinderrechtsperspektive im Prozess unter Einbezug unterschiedlicher Stakeholder einzuholen und konstruktiv einzubringen. Bei der Bundeszentrale wird eine zusätzliche Stelle zur Durchsetzung der Kinderrechte geschaffen, welche die kinderrechtlichen Elemente der Koordinierungsstelle übernimmt. Im Rahmen der vorgeschlagenen Gesetzeslogik ist die neu eingerichtete Stelle bei der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz direkte und einzige Anlaufstelle für Kinderrechtsfragen in der Plattformregulation. Dies schafft einerseits klare Kommunikationskanäle, könnte andererseits etablierte Strukturen übergehen und erfahrene Akteure ausschließen. Insofern wären Maßnahmen vorzusehen, die sicherstellen, dass bestehende Expertise von unterschiedlichen Akteur*innen im Kinder- und Jugendmedienschutz zur Einhaltung der Kinderrechtskonvention erhalten bleibt und genutzt wird. Dies erfordert die Einbindung der Zivilgesellschaft und klare Konsultationsbedingungen.

Reporting und Beschwerdemechanismen

In § 21 wird die Bundesnetzagentur als zentrale Beschwerdestelle identifiziert. § 12 Absatz 2 verlagert darüber hinaus die Zuständigkeit für kinderrechtliche Aspekte auf die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz und eine dort eigens dafür eingerichtete Stelle zur Durchsetzung der Kinderrechte in Bonn. In § 19 wird eine qualifizierte Zusammenarbeit mit den Landesmedienanstalten geschildert. Diese sollen bei relevanten Verfahren des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags durch die Koordinierungsstelle eingebunden werden. Die Abstimmung zwischen diesen drei Akteuren ist nur mit wenig Details dargestellt. Insbesondere scheint die etablierte Aufgabenteilung zwischen Landesmedienanstalten und Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz übergangen zu werden und Kompetenzen auf die Bundeszentrale übertragen zu werden. Die Verfahrenslogik einer zentralen Anlaufstelle ergibt aus Sicht der Plattformen Sinn und vereinfacht die Prozesse, gleichsam werden ggf. funktionierende Strukturen aufgelöst und der Einfluss der Landesmedienanstalten gemindert. Die Einbindung der Landesmedienanstalten sollte stattdessen klar erläutert werden und Raum geben, die regionalen Perspektiven in die Entscheidungen der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz einzubringen.

Wir begrüßen, dass die wichtige Rolle von Vorsorgemaßnahmen im Grundsatz weiterhin über den Digital Service Act § 28,1 berücksichtigt wird. Für die Effizienz von Beschwerdeverfahren müssen allerdings die Plattformen stärker in die Verantwortung genommen werden, ihre Reporting Funktionen zu verbessern, stetig zu evaluieren und an die Bedürfnisse der Nutzer*innen anzupassen. Kinder attestieren nach wie vor wenig Vertrauen in aktuellen Reporting Funktionen



sozialer Netzwerke¹, erwarten selten Erfolg auf ihre Reports und rechnen mit langen Wartezeiten². Es bedarf schnelleren Feedbacks bei Meldungen und menschlicher Rückmeldung, wenn sich Kinder bedroht fühlen. Diese Aufgabe kann nicht komplett auf Eltern und Peers abgewälzt werden. Zudem muss das Reporting-System kinderfreundlich zugänglich gemacht werden. Kinder können teilweise ihre Bedrohungen weder einschätzen noch das Bedrohungsgefühl konkret zuordnen. Ihre Reports werden daher in der Regel nicht nachverfolgt, da keine konkreten Handlungsfelder ausgewählt werden.

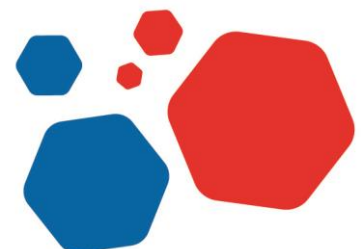
Die Rolle des Beirats

Als ein Unterstützungsgremium für die Arbeit der Koordinierungsstelle soll durch § 22 ein Beirat eingerichtet werden. Dessen Expertise soll sich auf die Geschäftsmodelle der digitalen Dienste richten und die Perspektiven von Personen mit einschlägigen wissenschaftlichen Kenntnissen aus den Bereichen Recht, Wirtschaft, Sozialpolitik und Technologie einbeziehen. An dieser Stelle fehlt die kinderrechtliche Perspektive! Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen der Bundesnetzagentur, bei welcher der Beirat angesiedelt ist und der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz, welche die kinderrechtlichen Aspekte abdecken soll, muss qualifiziert begleitet werden und sollte auch im Text eindeutig abgebildet sein. Kinderrechte gehen über den Kinder- und Jugend(medien)schutz hinaus und reichen insofern auch hinter das klassische Aufgabenfeld der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendschutz. Die Aufgaben des Beirates sollten klarer ausgeführt und sichergestellt werden, dass Kompetenzen zur Analyse der Implementierung der Kinderrechte im Gremium vertreten sind. Im Entwurf kommen dem Beirat derzeit allgemeine Beratungsfunktionen zu, ohne klare Wirkmechanismen oder Zugänge sich Gehör zu verschaffen. Durch die Reduzierung auf eine einzelne Kontaktstelle muss der Beirat viele Kompetenzfelder abdecken können. Dazu muss er sowohl mit einer ausreichenden Anzahl an Mitgliedern, zureichenden Mitteln und klaren Kompetenzen ausgestattet sein. Der Beirat benötigt klare Aufgaben, er sollte die Arbeit der Koordinierungsstelle evaluierend begleiten und selbstständig Themen für Empfehlungen setzen können.

Veränderungen des JuSchG

¹ Bamberger, A.; Stecher, S.; Berg, K.; Gebel, C. & Brügger, N. (2023): „Ich habe einen normalen Account, einen privaten Account und einen Fake Account.“ Instagram aus der Perspektive von 12- bis 15-Jährigen mit besonderem Fokus auf die Geschlechterpräsentation. ACT ON! Short Report Nr. 10. Ausgewählte Ergebnisse der Monitoring Studie. Unter Mitarbeit von Marion Biendl und Julia Gerum. München: JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. Online verfügbar unter: <https://act-on.jff.de/short-reports/>, aufgerufen am 22.08.2023. S. 22.

² Thorn & Benenson Strategy Group (2021): Responding to Online Threats: Minors' Perspective on Disclosing, Reporting, and Blocking. Findings from 2020 quantitative research among 9-17 year olds. Online verfügbar unter: https://info.thorn.org/hubfs/Research/Responding%20to%20Online%20Threats_2021-FullReport.pdf, aufgerufen am 26.04.2023.



Das JuSchG wird mit dem Entwurf an den geänderten Rahmen des Digitale-Dienste-Gesetz angepasst. Wesentliche Aspekte bleiben erhalten, werden allerdings umstrukturiert und teilweise umformuliert. Insbesondere die Aspekte der Vorsorgemaßnahmen werden im Digital Services Act als "verhältnismäßige Maßnahmen" gerahmt. Die mit schweren Verstößen verbundenen Bußgelder sind geringer angesetzt als im bisherigen Katalog. Dies lässt befürchten, dass präventive Maßnahmen im vorgesehenen Rechtsrahmen weniger prioritär behandelt und schwerer bei den verantwortlichen Medienanbietern einforderbar werden, obwohl Vorsorgemaßnahmen in vielen Fällen deutlich effektiver sind als die notwendige Nachsorge bei Verstößen.

In der Anpassung des JuSchG wurde der Zeitrahmen für eine Evaluation der JuSchG-Novelle überraschend von 3 auf 5 Jahre verlängert, wodurch effektiv die erste Evaluationsphase ausgelassen wird, ohne dass dafür hinlänglich Gründe benannt werden. Zwar verlagern sich mit dem Digitale-Dienste-Gesetz Verantwortungen in der Umsetzung des JuSchG, allerdings erachten wir es als unerlässlich die Erreichung der Schutzziele zu evaluieren, um ggf. Probleme in der bisherigen Umsetzung zu identifizieren, welche außerhalb des neuen Verantwortungsrahmens liegen. Wir fordern, den bisherigen Zeitrahmen von 3 Jahren einzuhalten und die strukturellen und europarechtlichen Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen, allerdings die nicht betroffenen Evaluationsaspekte (Schutzziele, Entwicklung von Beteiligungsmechanismen, etc.) wie geplant zu evaluieren – gerade auch um den im Zuge einer Novelle des DDG entstehenden neuen Rechtsrahmen effektiver ausgestalten zu können.

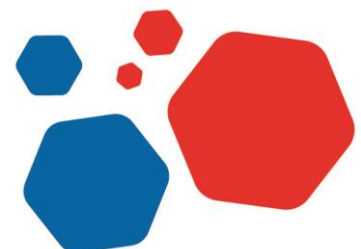
Das Einhalten des ursprünglichen Zeitplans setzt zudem ein wichtiges Zeichen für eine qualitative Umsetzung des JuSchG: Evaluation macht einen partizipativen Jugendschutz rechenschaftspflichtig und zeigt direkt die Konsequenzen von Gesetzgebung auf. An dieser Stelle bieten sich auch große Potentiale Kinder und Jugendliche direkt in die Bewertung der Umsetzung einzubinden.³ Diese Chance sollte nicht ausgeschlagen werden.

Klare Regelungen für Werbeinhalte

Nicht zuletzt begrüßen wir die Einbindung der Kennzeichnungspflicht kommerzieller Kommunikation in § 6. Kindern soll eine möglichst große Vielfalt an Informationen aus verschiedenen Quellen zur Verfügung stehen. Diese sollen wahr, inklusiv, diversitätsbewusst, nicht-kommerziell, unparteiisch und für Kinder leicht verständlich sein. Content-Creator*innen, die relevante Informationsquellen für Kinder und Jugendliche darstellen, müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und sicherstellen das Kinder kommerzielle Inhalte und die damit verbundenen Interessen eindeutig zuordnen können. Die klaren Richtlinien zu kommerzieller

³ Brüggen, Niels; Dreyer, Stephan; Gebel, Christa; Lauber, Achim; Materna, Georg; Müller, Raphaela; Schober, Maximilian und Stecher, Sina. 2022. Gefährdungsatlas. Digitales Aufwachsen. Vom Kind aus denken. Zukunftssicher handeln. Aktualisierte und erweiterte 2. Auflage. Herausgegeben von: Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz. Bonn 2022.

<https://www.bzjk.de/resource/blob/197826/5e88ec66e545bcb196b7bf81fc6dd9e3/2-auflage-gefaehrungsatlas-data.pdf> (Zugegriffen: 22.08.2023). S. 261



Kommunikation können hier helfen, ungebührlichem Einwirken auf Kinder entgegenzuwirken und greifen einen stetig wachsenden Missstand auf.

